

Das Wettrennen der Retter

Opels Startschuss ins "Superwahljahr 2009"

Das Timing des Opel-Managements war gekonnt. Der "Hilferuf aus der Heimat" erreichte Kanzlerin Merkel beim G 20-Gipfel in Washington. Ein Hilferuf ohne akute Not, so Europa-Chef Forster, sozusagen auf Vorrat, falls Opels US-amerikanische Mutter General Motors Konkurs anmeldet. Bevor Finanzminister Steinbrück (SPD) ihr wie zu Beginn der Bankenkrise wieder die Show im Vorwahlkampf stiehlt, machte die Kanzlerin Opel prompt zur "Chefsache". Sie rief die Konzernspitze zur Montagsdemo ins Bundeskanzleramt. Parallel dazu scharte Außenminister Steinmeier im Auswärtigen Amt IG Metall-Chef Huber und ein paar Betriebsratsvorsitzende von Automobilkonzernen um sich. Doch auch die wahlkämpfenden Ministerpräsidenten in den Opel-Standorten Hessen und NRW, Koch (CDU) und Rüttgers (CDU), wollten beim "Rennen der Opel-Retter" ganz vorne mitlaufen. Sie sagten schon mal Millionen-Hilfe zu, bevor die Kanzlerin die "implizite Staatsgarantie für Opel" (NZZ) verkündete. Details der problematischen Milliarden-Bürgschaft sollen bis Weihnachten geklärt werden. Aus berechtigter Angst vor "Trittbrettfahrern", "Wettbewerbsverzerrungen", "gefährlichen Subventionsspiralen" etc. ist die Bundesregierung bemüht, Opels "singuläre Situation" als 100%ige Tochter von GM zu betonen, der allerdings niemand eine Überlebensperspektive ohne GM oder eine andere, starke Konzerngruppe attestiert. "Das Unternehmen ist aus wirtschaftlicher Sicht sicher nicht zu groß, um unterzugehen", so die Neue Zürcher Zeitung. "Den Untergang der deutschen Autoindustrie würde das nicht bedeuten - im Gegenteil vielleicht auch eine Chance." Auch die FAZ kommentiert die "gefährliche Bürgschaft" ähnlich zynisch: "Frühere Fehlentscheidung von GM dürfen nicht nachträglich mit Steuergeldern aus Deutschland legitimiert werden. So bitter das für die 26 000 Opelaner am Ende auch sein mag." Diese und Tausende von Beschäftigten bei Zulieferern haben also alles andere, als Grund zur Beruhigung.

"In anderthalb Monaten beginnt das Superwahljahr 2009, und da bieten derartige Krisen treffliche Gelegenheit, sich als Retter in der Not zu gerieren." (NZZ) Die Frage ist, was die Bundesregierung da im Wahlkampf retten will, den eigenen Arsch, die Wettbewerbsfähigkeit des Automobilstandorts Deutschland oder Arbeitsplätze? Für letzteres wären ein echtes Konjunkturprogramm, die Hebung der Massenkaukraft, der Ausbau von Mitbestimmung und radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich die wirksameren Maßnahmen - so bitter das für die Profiterwartungen des Kapitals auch sein mag.

LoG

◀ zurück

Artikel versenden